NAHER OSTEN

WAFFENLIEFERUNGEN

Alliierte Beamte in Bonn erklärten, daß sie den Waffenlieferungen des Ostblocks an die arabischen Staaten mit Interesse entgegensehen. Entweder würde der Ostblock veraltetes Material senden, dann wären die Araber der israelischen Rüstung weiterhin unterlegen, oder aber er würde moderne Waffen schicken, dann könne man Anschauungsmaterial über den sowjetischen Rüstungsstand erhalten.

IRAN

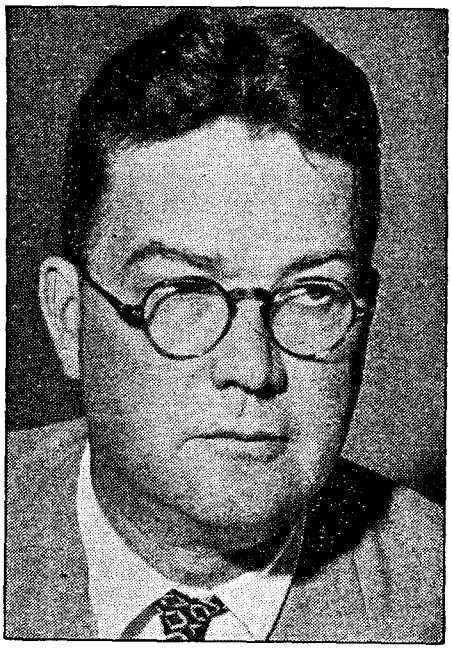
Schach in Teheran

Seit Montag der letzten Woche ist der Iran Mitglied des antisowjetischen Bagdad-Paktes. Angesichts dieser Tatsache fiel dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow das Genfer Lächeln schwerer denn je. In einer Erklärung, die er schon fünf Tage vor dem Ereignis abgab, unterlief ihm ein häßlicher Rückfall in stalinistische Gewohnheiten: Er drohte.

Der Bagdad-Pakt, sagte er, sei „eine Waffe in den Händen gewisser aggressiver Kreise", und der Beitritt des Iran zu diesem Pakt könne „nicht mit der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens im Nahen Osten und Mittleren Osten vereinbart werden".

Dabei hat sich der alternde Molotow, dessen Eignung für eine Politik des Lächelns auch im Kreml immer mehr bezweifelt wird, seine iranische Niederlage weitgehend selbst zuzuschreiben. In einer sich über Monate hinziehenden nahöstlichen Schachpartie verlor er kurz vor dem Sieg die Nerven und verhalf damit seinem langjährigen Gegenspieler John Foster Dulles zu einem leichten Erfolg.

Die Partie begann am 24. Februar. An diesem Tag unterzeichneten die Türkei und der Irak einen Pakt, der die beiden Partner zwar nicht zu gegenseitigem Beistand, aber immerhin zu einer Zusammenarbeit für den Frieden und die Sicherheit ihrer Länder verpflichtet. Der Vertrag erhielt die Bezeichnung „Bagdad-Pakt".

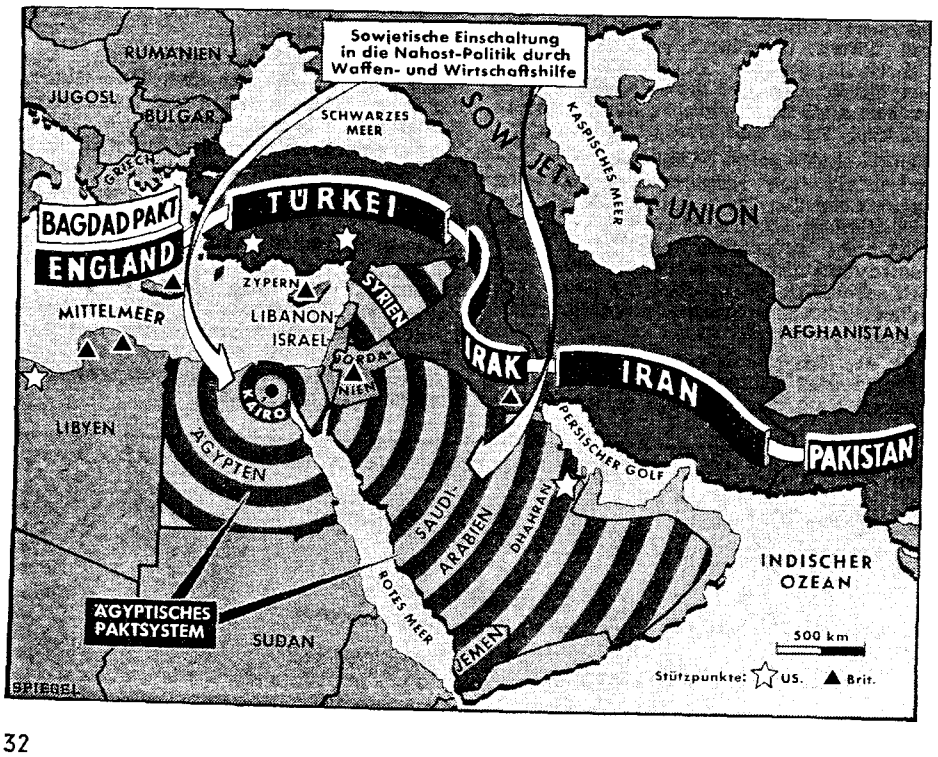


US-Botschafter in Teheran Chapin
Wie ist die Stimmung der Truppe?

Am 5. April trat Großbritannien dem Pakt bei, und am 1. Juli kündigte Pakistan, das ohnehin mit der Türkei durch einen ähnlich lautenden Vertrag verbunden ist, seinen Beitritt an (den es am 23. September vollzog).

Von diesem Zeitpunkt an begann das Tauziehen um den Iran zwischen Moskau und Washington. In regelmäßigen Abständen verkündeten offizielle Stellen Teherans, daß der Iran dem Pakt beitreten oder nicht beitreten werde.

Zwischen den beiden Extremen zeichnete sich im Verlauf des letzten halben Jahres immer deutlicher ab, daß der Iran am liebsten neutral bleiben würde. Indiens Ministerpräsident Jawaharlal Nehru unterstützte diese Tendenz und offerierte eine „Organisation der Dritten Kraft" im Nahen Osten. Neben Indien und dem Iran sollte diesem politischen System das Ägypten des Obersten Gamal Abd el-Nasser angehören.



Nehrus neutralistische Locktöne fanden vor allem bei dem iranischen Generalstabschef, General Batmanglisch, Gehör.

Mitte Juli ließ der General verkünden, die iranische Armee lehne den Beitritt des Landes zum Bagdad-Pakt ab. Sie werde in Kürze auch die in Teheran hospitierende Kommission amerikanischer Militärberater nach Hause schicken und dafür neutrale Militär-Experten einladen.

Unter dem Eindruck dieser Erklärung begannen die USA, sich mit der iranischen Neutralität zu befreunden. In einem Memorandum, das der General Shoosmith, Experte der Nato für Nahost-Fragen, im Sommer verfaßte, wurde die strategische Lage des Iran so beurteilt:

„Weder die Nato noch der Ostblock können sich heute über die Neutralität des Iran hinwegsetzen. Das bedeutet einerseits, daß wir von nun an (im Ernstfall) russische Ziele nur noch von Europa aus anfliegen können. Das bedeutet aber auch umgekehrt, daß die Nato keinen russischen Vorstoß zum Persischen Golf zu befürchten braucht."

Drohung mit einer Revolte

In dieser Entwicklung aber trat am 2. Oktober eine entscheidende Wende ein. An diesem Tage bestätigte Staatschef Oberst Nasser endgültig den Entschluß Ägyptens, Waffen beim Ostblock einzukaufen. Die Erklärung Nassers war zweifellos ein Erfolg Molotows. Er führte aber an einer für die Sowjet-Union viel wichtigeren Stelle, als Ägypten es ist, nämlich im Iran, zu der Niederlage vom Montag der letzten Woche.

Vom 2. Oktober an wurden die Ereignisse in Teheran dramatisch. Am 1. Oktober hatte die offiziöse Teheraner Zeitung „Khandaniha" einen Leitartikel unter der Überschrift veröffentlicht: „Es kommt nicht mehr in Frage, daß der Iran dem Nahost-Pakt beitritt."

Noch einen Tag nach Nassers Erklärung, also am 3. Oktober, ließ der Kaiserliche Hof in aller Ruhe mitteilen, der Schah habe die an ihn ergangene Einladung des sowjetischen Staatsoberhauptes Woroschilow angenommen.

Am 4. Oktober aber erschien der Botschafter der Vereinigten Staaten in Teheran, Selden Chapin, bei Ministerpräsident Hussein Ala. Die Besprechung fand ohne Dolmetscher statt, aber hinterher sickerte durch, der US-Botschafter habe mit präzisen Angaben darauf hingewiesen, daß der größte Teil der iranischen Armee die neutralistischen Ansichten des Generalstabschefs Batmanglisch keineswegs teile. Die detaillierte Darstellung des Botschafters von der Stimmung in der Armee habe die Drohung mit einer Revolte enthalten.

In offensichtlicher Unkenntnis dieser Vorgänge berichtete die offiziöse „Khandaniha" noch am selben 4. Oktober von Gerüchten in amtlichen Kreisen Teherans, nach denen der Iran sich der von Indiens Ministerpräsident Nehru und Ägyptens Staatschef Nasser propagierten „Dritten Kraft" anschließen werde.

Am selben Tage jedoch brach der Schah seinen Urlaub am Kaspischen Meer ab und kehrte nach Teheran zurück. Vier Tage später verkündete er in einer Thronrede den Entschluß des Iran, dem Bagdad-Pakt beizutreten, und einen Tag später, am 9. Oktober, teilte die iranische Regierung mit, daß Generalstabschef Batmanglisch seines Postens enthoben worden sei und demnächst als Botschafter nach Pakistan gehen werde.

Eine Protestnote Molotows und Vorstellungen des sowjetischen Botschafters Lawrentiew bei Premier Hussein Ala wurden in Teheran mit Achselzucken beantwortet: Das hastige Einsteigen des Sowjetblocks in das ägyptische Waffengeschäft habe einem neutralen indisch-iranisch-ägyptischen Bund im letzten

Augenblick den Boden entzogen. Man könne in Moskau nicht gut erwarten, daß der Iran sich einem Block anschließe, der Waffen aus Ostblockländern beziehe und dessen Neutralität mithin nur scheinbar sei. Eine so ausgesprochene Herausforderung der USA könne sich der Iran nicht leisten.

Den Inhalt des Gesprächs unter vier Augen, das am 4. Oktober zwischen Ministerpräsident Hussein Ala und US-Botschafter Chapin geführt worden war, enthüllte am 18. Oktober Hussein Alas Kriegsminister, General Vosuq. „Der Beitritt des Iran zum Nahost-Pakt", sagte er, „hat die Moral der Armee sehr günstig beeinflußt." Er kündigte an, daß die wirtschaftliche Lage des Landes sich nun fühlbar verbessern werde, daß mit einer größeren amerikanischen Militärhilfe zu rechnen sei und daß er — Vosuq — die Absicht habe, die Armee beträchtlich zu vergrößern.

Unter diesen Umständen blieb Molotow nicht viel anderes übrig, als den einmal mit so üblen Konsequenzen beschrittenen Weg weiterzugehen. Unter Moskaus wohlwollender Förderung schloß Ägypten einen Beistandsvertrag mit Syrien, dem in der letzten Woche auch noch ein Pakt mit Saudiarabien folgte (siehe Graphik), der aber — wie die Saudiaraber wissen ließen — das Wahhabitenreich keineswegs hindern soll, unverdrossen weiterhin amerikanische Dollars zu beziehen, und der nach saudiarabischer Ansicht auch keineswegs die USA daran hindern wird, auf saudiarabischem Boden weiterhin den großen Flugplatz Dahran zu unterhalten.

TÜRKEI

Kranker Mann am Bosporus

Als der Inhaber der Anwaltsfirma „Ballatine, Bushby, Palmer & Wood" am letzten Donnerstag von einer dreiwöchigen Luftreise rund um die Welt zurückkehrte, fand er an der Pforte seines vornehmen Büros in New York-Manhattan ein neues, blankpoliertes Messingschild, das seinem von dem langen Flug etwas angegriffenen Gesicht ein selbstgefälliges Lächeln entlockte.

Auf der Metallplatte ist eingraviert: „Chefberater für Angelegenheiten der Türkischen Republik in den Vereinigten Staaten".

Der heimgekehrte Boß des Rechtsanwaltbüros heißt Thomas E. Dewey und ist ein Mann mit Einfluß. Zwölf lange Jahre — von 1942 bis 1954 — war er Gouverneur des Staates New York. Zweimal — 1944 und 1948 — griff er als Kandidat der Republikanischen Partei, wenn auch erfolglos, in den Kampf um die Präsidentschaft ein.

Der Ministerpräsident der Türkei, der Großgrundbesitzer Menderes, läßt sich die Dienste jenes einflußreichen Mannes etwas kosten. Rechtsanwalt Dewey erhält für seine Bemühungen aus der türkischen Staatskasse ein Honorar von jährlich 150 000 Dollar (oder 630 000 Mark), außerdem werden ihm sämtliche Spesen ersetzt. Es besteht kaum ein Zweifel, daß Spesen entstehen werden.

Deweys Honorar ist nicht einmal übermäßig hoch, wenn man Art und Zweck seiner Bemühungen bedenkt. Es beträgt genau einen halben Prozent der Summe, um die es geht, denn runde 300 Millionen Dollar (oder 1,3 Milliarden Mark) will Ministerpräsident Menderes beim amerikanischen Steuerzahler mit Hilfe von Deweys Beziehungen lockermachen.

Ein solches Sümmchen ist notwendig, um die Türkei vor dem Staatsbankrott zu retten. Am letzten Montag stöhnte das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time":

Irans Ministerpräsident **Hussein Ala**
Am liebsten neutral

„Der stärkste Verbündete der Vereinigten Staaten im Nahen Osten ist so knapp angeschirrt, daß er kaum in der Lage ist, seinen täglichen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen!"

Jahrelang hatte die Botschaft der Vereinigten Staaten in Ankara enthusiastische Berichte nach Washington gekabelt, in denen die Türkei als ein nahöstliches Texas gepriesen wurde. Das Land schien auch tatsächlich das deutsche Wirtschaftswunder-Beispiel nachzuahmen, nachdem 1950 die Demokratische Partei unter Menderes durch einen Sieg über die Republikaner an die Regierung gekommen war.

Menderes ließ Elektrizitätswerke und Zementfabriken bauen. In fünf Jahren stieg die Zahl der landwirtschaftlichen

Türkischer Ministerpräsident **Menderes**
Aus der Konjunktur in die Krise

Traktoren von 5000 auf 50 000. Elf Zuckerraffinerien ließ Menderes errichten, und er förderte die Landwirtschaft — er besitzt selbst ausgedehnte Güter — so zielstrebig, daß die Türkei beträchtliche Mengen Weizen exportieren konnte.

Mit diesem Texas-Programm hat sich Menderes jedoch übernommen. Den — mit türkischen Maßstäben gemessen — riesigen Investitionen fehlte die solide Grundlage in der eigenen Volkswirtschaft. Die Türken haben versucht, 50 Jahre Entwicklung in fünf Jahren zu bewältigen.

Die 24 Divisionen der türkischen Armee — ungefähr eine Division je Bevölkerungsmillion — verschlangen zudem Unsummen. So schlug die Konjunktur in eine Krise um, als im vergangenen Jahr eine Mißernte eintrat.

Menderes mußte die Notenpresse in Bewegung setzen. Der Kurs des Türkenpfundes rutschte so gewaltig ab, daß der Dollar heute auf dem schwarzen Markt von Istanbul mit neun Pfund (offizieller Dollarkurs: 2,80 Türkenpfund) gehandelt wird.

Die internationale Finanzwelt horchte schließlich auf, als im Juni vier große amerikanische Ölgesellschaften ihre Lieferungen nach der Türkei einstellten und ihre Tanker nur noch gegen Hinterlegung von Akkreditiven an den Bosporus schickten. Seither droht allen Benzin- und Dieselmotoren des Landes das Schicksal des Verdurstens. Menderes muß mit einer Ölreserve für eine Woche jonglieren.

Ministerpräsident Menderes vertraute darauf, daß die Vereinigten Staaten ihren wertvollen Verbündeten im Nahen Osten nicht im Stich lassen würden. Schließlich hatten die Amerikaner in den letzten Jahren bereits anderthalb Milliarden Dollar in die Türkei hineingepumpt.

Als jedoch der türkische Außenminister Fatin Rüschtü Zorlu im Sommer bei John Foster Dulles in Washington vorsprach und ohne falsche Bescheidenheit eine Anleihe von 300 Millionen Dollar verlangte, knüpfte der amerikanische Außenminister an die Gabe wirtschaftliche und militärische Bedingungen, die Menderes entschieden ablehnte.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Amerikaner:

- Es sei notwendig, das industrielle Aufbau-Programm den realen Gegebenheiten der türkischen Volkswirtschaft anzupassen.
- Durch wirtschaftspolitische und wissenschaftliche Planung müsse gewährleistet werden, daß der Staat die in Amerika geliehenen Millionen sinnvoll investiert. Gegenwärtig zahle sich kaum die Hälfte des Kapitals, das die Türkei in ihre neue Industrie pumpt, durch die Produktion wieder aus.

Die militärpolitischen Forderungen, die John Foster Dulles an eine 300-Millionen-Dollar-Anleihe knüpfte, haben eine bislang nicht veröffentlichte Vorgeschichte. Als die Türkei 1951 in die Nato eintrat, waren zwischen Ankara und Washington Verhandlungen vorausgegangen, die auf ein bilaterales Bündnis zwischen den beiden Staaten abzielten. Die Besprechungen scheiterten an den türkischen Forderungen. Die Türkei verlangte von den Amerikanern, daß

- innerhalb von fünf Jahren die türkische Armee auf amerikanische Kosten reorganisiert wird;
- die Vereinigten Staaten in einem Zeitraum von drei Jahren rund 1,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Türkei verlagern;